



⇒ **Martin Breul**

Was ist das ›(Vor-)Politische‹? Zu einem von Michael Kühnlein herausgegebenen Band ›über die Wertgrundlagen der Demokratie‹

Auf welche ›vorpolitischen Grundlagen‹ ist eine moderne liberale Demokratie angewiesen, um ihre eigene politische und gesellschaftliche Stabilität zu sichern? Diese Kernfrage zeitgenössischer wissenschaftlicher und auch politischer Debatten wird ausführlich und aus diversen Perspektiven in dem voluminösen, von Michael Kühnlein herausgegebenen Sammelband *Das Politische und das Vorpolitische. Über die Wertgrundlagen der Demokratie* thematisiert. Das Buch beinhaltet 30 (!) Beiträge, die aus ganz verschiedenen Fachrichtungen, mit unterschiedlichen Erkenntnisinteressen und mit variierenden Methoden und Vorgehensweisen um die Frage der ›Wertgrundlagen der Demokratie‹ kreisen. Es gliedert sich, nach einer Einführung von Karl Kardinal Lehmann, grob in fünf Themenfelder: Zunächst erfolgen begriffliche Annäherungen an ›Das Politische, das Vorpolitische und das Unpolitische‹ (I), die von rechtlichen und politikwissenschaftlichen Perspektiven ergänzt werden (II). Die dritte Sektion des Buches thematisiert aus theologischer und religionsphilosophischer Perspektive das Verhältnis von (Politischer) Theologie und Moderne (III). Die letzten beiden Themenfelder bieten bunt gemischte Beiträge, die unter den Schlagwörtern ›Sakralisierung, Ideen und Ideologien‹ (IV) und ›Öffentlichkeit, Politik und Gesellschaftsvertrag‹ (V) verhandelt werden.

Das vorliegende Werk bietet ein beeindruckendes interdisziplinäres Panorama einer Debattenlandschaft, die um den notorisch unklaren Begriff des ›Vorpolitischen‹ entstanden ist. Die begrifflichen Annäherungen an das Konzept des ›Vorpolitischen‹, die Karl Kardinal Lehmann, Micha Brumlik, Thomas Rentsch, Jean-Pierre Wils, Walter Lesch und Heinz Klegler vornehmen, markieren wichtige Überlegungen, die zur präziseren Bestimmung des Konzepts sinnvoll und notwendig sind. Diese reichen von sehr affirmativen Rezeptionen (Rentsch) über

skeptische (Lehmann, Lesch, Wils) bis hin zu sehr kritischen (Brumlik, Klegler) Lesarten des Vorpolitischen – während z. B. Rentsch das Vorpolitische für »unverzichtbar« (37) hält, bezeichnet Klegler diesen Begriff

Michael Kühnlein (Hg.) (2014): *Das Politische und das Vorpolitische. Über die Wertgrundlagen der Demokratie*, Baden-Baden: Nomos. 604 S., ISBN 978-3-83-296784-0, EUR 79,00.

DOI: [10.18156/eug-2-2015-rez-2](https://doi.org/10.18156/eug-2-2015-rez-2)

als »ebenso unklar wie unfruchtbar« (103). Auch die Beiträge, die das Thema des Buches mit einem bestimmten philosophischen Ansatz verknüpfen – Otfried Höffe schreibt zu Charles Taylor, Detlef Horster zu Hannah Arendt, Wolfgang Palaver zu Carl Schmitt, Friedo Ricken zu Immanuel Kant, Michael Kühnlein zu Thomas Hobbes, Reinhard Mehring zu Friedrich Hölderlin, Lothar R. Waas zu Machiavelli – sind lesenswerte und meist sehr gelungene historische Perspektivierungen der großen Debatte um die Wertgrundlagen der Demokratie. Eine Auflockerung der streng wissenschaftlichen Texte stellen die Beiträge von Wolfgang Schäuble und Gesine Schwan dar, die aus realpolitischer Perspektive ihr Verständnis von Politischem und Vorpolitischem erläutern und interessanterweise trotz ihrer sonst häufig divergenten politischen Auffassungen einhellig bekunden, dass das Vorpolitische »von ausschlaggebender Bedeutung« (Schwan, 132) bzw. eine »entscheidende Bedingung auch für den Erfolg von Politik« (Schäuble, 219) ist.

Besonders hervorzuheben sind schließlich einige Beiträge, die über das Thema des Buches hinaus weiterdenken und neue Horizonte erschließen. Volker Gerhardt unternimmt den bemerkenswerten Versuch, die Begriffe der Öffentlichkeit, des Bewusstseins und der Politik in einen systematischen Zusammenhang zu bringen: Jedes individuelle Bewusstsein ist immer schon öffentliches Bewusstsein, d.h. »sowenig es eine ›Privatsprache‹ gibt, sowenig gibt es ein ›Privatbewusstsein‹« (478). Dies hat politische und bewussteinstheoretische Konsequenzen, da nicht nur von der »Öffentlichkeit als der politischen Form des Bewusstseins« (493), sondern umgekehrt auch vom »Bewusstsein als der ursprünglich öffentlichen Instanz im menschlichen Dasein« (493) gesprochen werden kann – Gerhardt bezeichnet das Bewusstsein konsequenterweise als »politomorph« (493). Hans-Joachim Höhn setzt sich in sozialetischer Perspektive mit dem »Sinnhorizont kirchlicher Stellungnahmen zu politischen Fragen« (411) auseinander und entwickelt eine Neuauflage einer kantisch inspirierten Postulatenlehre, welche religiöse Überlieferungen als Quelle politischer Solidarität, auch und gerade mit den Opfern der Geschichte, kennzeichnet – »die Ziele der ethischen Vernunft [können] einzig im Modus des Hoffens angegangen werden« (424). Jürgen Manemann verbindet in seinem Beitrag Fragen der Neuen Politischen Theologie mit einem Konzept von »Exodus-Politik«, welches auf die wesentlich »narrativ-memorativ« (356) Verfassung politischer Macht und demokratischer Institutionen verweist. Das Vorpolitische, verstanden als »Herausforderung durch das Leid des Anderen« (348), wird damit zu einem »Motor der Veränderung« (351), auf den die zeitgenössische Politik angewiesen ist. Einen wohlthuenden Perspek-

tivwechsel zu sozialem oder religionsphilosophischen Diskursen bilden schließlich die rechtswissenschaftlichen bzw. rechtshistorischen Abhandlungen von Barbara Zehnpfennig, Michael Hochgeschwendner, Vasco Reuss und Udo di Fabio, die eindrucksvoll die historischen Entwicklungen und konstitutionellen Herausforderungen des Verhältnisses von Staat und Religion aufzeigen. Die hier nur exemplarisch herausgegriffenen Beiträge illustrieren auf ganz unterschiedliche Weise die Relevanz und Aktualität des breiten Diskurses um Öffentlichkeit und Religion, Politik und das Vorpolitische. Das vorliegende Buch bietet insofern einen beachtlich vielfältigen Überblick und vernetzt die Forschungen unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen über ein zeitgenössisch brisantes Thema zu einem interdisziplinär informierten Panorama.

An einigen Stellen des Buches kippt seine große Stärke, nämlich die Vielfalt von Perspektiven, jedoch ins Negative: Von Zeit zu Zeit wünscht man sich als Leser einen ›roten Faden‹, der die inhaltlich sehr disparaten Beiträge verknüpft und aufzeigt, wie man den Begriff des ›Vorpolitischen‹ eigentlich sinnvoll füllen oder zumindest systematisieren könnte. Eine ausführlichere inhaltliche Einleitung und Erklärung der fünf Teile des Buches hätten dieses zwar noch länger gemacht, aber einen durchaus hilfreichen strukturellen Rahmen für die Bewältigung der Lektüre der dann folgenden knapp 600 Seiten gegeben.

Dies mag darin begründet liegen, dass die Diskurse um das Vorpolitische weit verzweigt und unübersichtlich sind. Ich möchte im Folgenden eine fundamentale Alternative skizzieren, die man als strukturellen Rahmen für die Debatte um das ›Vorpolitische‹ um das Buch hätte legen können. In meinen Augen lassen sich, gerade wenn es um den Begriff des Vorpolitischen im Kontext der »Legitimitätsdebatte« (9) geht, zwei grundlegende Optionen voneinander unterscheiden: die ›Ergänzungsoption‹ und die ›Konkurrenzoption‹.

Die Ergänzungsoption gebraucht den Begriff des ›Vorpolitischen‹, um eine Einbettung der liberal-prozeduralen Demokratie in umfassendere Vorstellungen über das gute Leben in den Blick zu nehmen. Diese Einbettung gefährdet nicht die allgemeine Teilbarkeit öffentlicher Rechtfertigungen oder die weltanschauliche Neutralität des Staates, sondern stellt motivationale Grundlagen oder vielbeschworene ›semantische Potenziale‹ bereit, um die Moderne vor ihren Entgleisungen zu schützen. Vorpolitische Aspekte sind dann *Ergänzungen* zu einem demokratischen Verfahren, welches seine Legitimität und Normativität prinzipiell aus sich selbst schöpfen kann, aber auf weitergehende demokratische Einstellungen oder gemeinwohlorientierte Haltungen auf Seiten der Bürgerinnen und Bürger angewiesen sein könn-

te. Ein klassischer Vertreter dieses Ergänzungsmodells wäre wohl Jürgen Habermas, der sich in den letzten Jahren ja durchaus offen für ›vorpolitische Grundlagen des liberalen Rechtsstaates‹ gezeigt hat, aber keinen Zweifel daran lässt, dass diese die grundsätzliche, selbstgeschöpfte Legitimität demokratischer Verfahren nicht ersetzen können. Im vorliegenden Buch spricht sich beispielsweise Hans-Joachim Höhn für diese Variante aus, wenn er als Rolle des Vorpolitischen für ein demokratisches Gemeinwesen »zwar nicht die Legitimationswohl aber die Funktionsbedingungen« der Gesellschaft (412) benennt – auch wenn das demokratische Gemeinwesen allein aus säkularer Vernunft legitimiert werden kann, bedarf es einer Ergänzung durch umfassende (›vorpolitische‹) Grundlagen, um adäquat funktionieren zu können.

Die Konkurrenzoption geht über die Ergänzungsoption hinaus, indem sie die Möglichkeit, durch »demokratische Praxen und volkssouveräne Verfahren« (9) Legitimität generieren zu können, grundsätzlich bezweifelt und stattdessen auch für die Legitimation des liberalen Staates die Notwendigkeit eines aller Rechtfertigung und aller Argumentation vorausgehenden Wertefundamentes postuliert. Die Idee des ›Vorpolitischen‹ steht dann in einer *Konkurrenz* zu Ansätzen, die politische Legitimität unabhängig von umfassenden Wertesystemen allein aus dem demokratischen Verfahren selbst gewinnen möchten. Die These der Konkurrenzoption ist folglich, dass die vorpolitischen Grundlagen nicht nur einen lebensweltlich oder ethisch bereichernden Rahmen um prinzipiell selbstgenügsame demokratische Verfahren bilden, sondern vielmehr eine Voraussetzung aller Demokratie sind. So stellt beispielsweise Michael Kühnlein, der Herausgeber des Buches, in seiner Einleitung den Begriff des Vorpolitischen in den Kontext der Konkurrenzoption, wenn er festhält, dass das Vorpolitische ein »grundsätzlicher Legitimationsvorbehalt« (9) gegen das neuzeitliche »Legalitätsvokabular demokratischer Praxen und volkssouveräner Verfahren« (9) sei, da diese eben keine politische Legitimität generieren könnten. Dies führt er in seinem Artikel zu Thomas Hobbes weiter aus, wenn er festhält, dass »Legitimität nicht verfahrensneutral zu gewinnen ist, sondern sich eben auch aus extra-konstitutionellen Geltungsquellen speist« (570). Der Verweis auf die Fundamente der Demokratie, welche das Vorpolitische durch die Kategorien »Geschichte, Ethos und Sitte« (9) ausdrückt, stellt das Vorpolitische folglich in *Konkurrenz* zu ›selbstgenügsamen‹ Modellen der Demokratie, die Kühnlein zufolge nur einen »Neo-Mythos« (568) darstellen.

Wenn aber die Kategorie des Vorpolitischen nicht als zivilgesellschaftliche *Ergänzung* oder hermeneutische Einbettung demokratischer

Praxen, sondern als ihre *Konkurrenz* verstanden wird, die zur Legitimation der Demokratie *notwendig* ist, ergeben sich einige Probleme. So ist erstens unklar, wie der für eine Demokratie zentrale Begriff der *öffentlichen Rechtfertigung* sinnvoll gefüllt werden kann, wenn die Möglichkeit von Demokratie von einer vorgängigen Anerkennung eines umfassenden Wertesystems abhängig ist. Der Anspruch, allgemein zugängliche und teilbare Rechtfertigungen für kollektiv verbindliche politische Normen zu formulieren, könnte von der Redeweise von ›vopolitischen Grundlagen‹ verschleiert werden. Wenn politische Legitimität durch angemessene Rechtfertigungen allgemein verbindlicher Normen konstituiert wird, ist es problematisch, sie vom faktischen Teilen umfassender vopolitischer Grundlagen oder Wertesysteme abhängig zu machen. So kritisiert z. B. Micha Brumlik zu Recht die Mystifizierungen der Kategorien des Politischen und des Vopolitischen, die dazu führen, dass »der Willensbildungsprozess der Herrschaftsunterworfenen oder der autonomen Bürgerinnen und Bürger weder bestimmbar noch gar beobachtbar oder theoretisch zu verstehen« (68f.) sei.

Zweitens lässt sich gegen die Konkurrenzoption festhalten, dass es gerade die Stärke der Demokratie ist, ein selbstgenügsames, formales Verfahren anzubieten, denn nur so kann der weltanschauliche Pluralismus angemessen in demokratische Prozesse integriert werden. Die Gefahr, partikulare Auffassungen absolut zu setzen, d.h. substantielle Wertvorstellungen zu einer Bedingung von Demokratie zu machen, scheint die Pluralismuskompatibilität der Demokratie anzufragen. Ganz abgesehen davon, dass dies fragwürdige Konnotationen zur unsäglichen ›Leitkultur‹-Debatte hervorruft, wird durch die Festsetzung notwendiger substantieller Vorbedingungen der Demokratie die *Vielfalt vopolitischer Ressourcen*, die ein pluralistisches Gemeinwesen bietet, beschnitten. Mit Walter Lesch gesprochen ist es »nicht weiterführend, mit einer besessenen Suche nach Ursprünglichkeit die wahren Quellen des Politischen [...] identifizieren zu wollen« (101), da Demokratie und Politik eher auf eine formale Form des Umgangs mit Pluralität denn auf eine spezifische umfassende vopolitische Grundlage rückführbar sind.

Schließlich scheint die Konkurrenzoption die Möglichkeit der Kritik vermeintlicher Werte oder der vielbeschworenen Sittlichkeit zu gefährden. Wenn die Sittlichkeit nicht der Gegenstand, sondern die Grenze demokratischer öffentlicher Kritik darstellt, schränkt sie den Skopus öffentlicher Debatten unnötig ein. Radikale Kritik an bestehenden Verhältnissen kann sich nicht auf unhinterfragbare vopolitische ›Wertgrundlagen‹ berufen, sondern muss auch diese vopolitischen Wertgrundlagen (erneut) auf ihre Legitimität hin befragen. Dies

scheint in einem Konzept, das vorpolitische Grundlagen als Bedingung der Legitimität demokratischer Praxis fasst, nicht möglich zu sein. Zusammengefasst lässt sich daher festhalten, dass es keine gute Idee ist, vorpolitische Grundlagen gegen die aus sich selbst heraus schöpfbare Legitimität demokratischer Verfahren auszuspielen. Vielmehr stellen vorpolitische Grundlagen wichtige zivilgesellschaftliche Ressourcen der Motivation, der Solidarität und der öffentlichen Kritik an bestehenden Herrschaftsverhältnissen dar, die dann in das demokratische Verfahren selbst eingebracht werden können. Wie Karl Kardinal Lehmann richtig festhält, ist ein »skeptisches Verhältnis« (13) zum Begriff des Vorpolitischen angebracht, wenn nicht klar zwischen Fragen demokratischer Legitimität und den vorpolitischen Grundlagen der Demokratie unterschieden wird. Das Vorpolitische sollte daher nicht in Konkurrenz zu Legitimitätsfragen verstanden werden, sondern vielmehr als deren (notwendige!?) Ergänzung.

Dieser kleine Exkurs in Fragen demokratischer Legitimität ist ein Versuch der Systematisierung eines wichtigen Streitpunkts in der Debatte um das ›Vorpolitische‹, der notwendig war, weil innerhalb des vorliegenden Buches manchmal nicht ganz klar ist, um welche Debatte es eigentlich geht. Es ist wichtig zu betonen, dass dies keinesfalls an der inhaltlichen Qualität der Beiträge liegt, sondern vielmehr an der manchmal unspezifischen Komposition des Buches. Trotz dieser Kritik muss festgehalten werden, dass das vorliegende Werk eine beeindruckende und höchst informative Sammlung divergierender Zugänge zu einem der schillerndsten und zugleich ambivalentesten Begriffe zeitgenössischer demokratietheoretischer Debatten ist.

Die Debatten um die Bedingungen politischer Legitimität, die Wertgrundlagen der Demokratie oder auch die ›vorpolitischen‹ Grundlagen des liberalen Verfassungsstaates sind derzeit in vollem Gange. Das vorliegende Buch liefert eine umfassende und interdisziplinäre Bestandsaufnahme des Begriffs des Vorpolitischen und die ihn umgebenden Verzweigungen. Wer sich zukünftig mit diesem Begriff auseinandersetzen möchte, wird an einer umfassenden Rezeption der vielfältigen Anläufe des Buches nicht vorbei können.

Martin Breul, *1986, Dr.phil, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Katholische Theologie (Lehrstuhl für Systematische Theologie), Universität zu Köln (martin.breul@uni-koeln.de).

Zitationsvorschlag:

Martin Breul (2015): Rezension Was ist das ›(Vor)Politische‹? Zu einem von Michael Kühnlein herausgegebenen Band ›über die Wertgrundlagen der Demokratie‹ (Ethik und Gesellschaft 2/2015: Depression und subjektivierte Arbeit).

Download unter: <https://dx.doi.org/10.18156/eug-2-2015-rez-2> (Zugriff am [Datum]).



ethikundgesellschaft

ökumenische zeitschrift für soziaethik

2/2015: Depression und subjektivierte Arbeit

Alexander Hirschfeld: Arbeit und psychische Erschöpfung: Zur Genese und Entwicklung des Konzepts Burnout

Greta Wagner: Arbeit, Burnout und der buddhistische Geist des Kapitalismus

Stefanie Graefe: Subjektivierung, Erschöpfung, Autonomie: eine Analyseskizze

Martin Schütte: Depression, Erwerbsarbeit, Arbeitslosigkeit: Empirische Befunde

Ralf Kronig: Praxisbericht zu betriebspolitischen Handlungsmöglichkeiten bei SAP SE

Martina Frenzel, Stephan Siemens: Die Teamanalyse als Instrument der betrieblichen und gewerkschaftlichen Burnout-Prävention

Andrea Fergen: Neue Arbeitswelt – alter Arbeitsschutz. Die Anti-Stress-Initiative der IG Metall

Matthias Möhring-Hesse: ... und wieder nicht befriedet. Die neue-alte Widersprüchlichkeit subjektiver Arbeit

Torsten Meireis: The Circle: Die neue Kolonisierung des inneren Menschen